

Antrag

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Zentrum für Gender & Diversity auflösen

Das Zentrum Gender & Diversity (ZGD) ist eine gemeinsame Einrichtung von Hamburger Hochschulen. Es bietet Forschungszertifikate im Bereich „Genderkompetenz“ sowie „Intersektionalität und Diversity“ an. Daneben bringt es ein Lehrtableau heraus. Im Sommersemester 2021 umfasste dieses Lehrtableau Veranstaltungen wie „*Weißsein* im Fokus. Die Macht *weißer* (Frauen)“,¹ „Intersektionalität und Diversity: Herrschaftskritische Konzepte zur Analyse sozialer Ungleichheitsverhältnisse“, „Geographieunterricht rassismuskritisch gestalten“, „Wann ist der Mann ein Mann? Männlichkeit(en) um 1800 und um 1900“, oder „Wie bist du, Weib?“ – Frauenbilder um 1900“.

In seiner Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage der AfD-Fraktion auf Drs. 22/3055 gab der Senat an, dass das Zentrum von Mitteln der Hochschulen getragen wird. Neben vier Mitarbeitern (Stellenanteile: 1,0 E 13; 0,62 E 9; 0,26 E 2; 0,17 E 2) steht dem ZGD außerdem ein Budget für Sachmittel von 49.000 Euro pro Jahr zur Verfügung.

Die Antragsteller halten nicht nur diese Mittelausstattung für überzogen, sondern lehnen ein solches Zentrum aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Bei den sogenannten Genderwissenschaften wie auch den verwandten Disziplinen (zum Beispiel Queer Studies, Critical Whiteness Studies, Postcolonial Studies, Critical Race Theory, Intersektionalitätsforschung) handelt es sich um pseudowissenschaftliche Verschwörungstheorien, welche

1. naturwissenschaftliche Erkenntnisse über die menschliche Spezies negieren und auf subjektiv-konstruktivistischer Basis die These propagieren, dass fundamentale biologische Konzepte wie beispielsweise das Geschlecht reine oder überwiegend soziale Konstrukte seien,
2. davon ausgehen, dass das maßgebliche Organisationsprinzip westlich-weißer Gesellschaften die Diskriminierung in all ihren Erscheinungsformen ist, und dass privilegierte Gruppen (vor allem weiße Männer) diese Diskriminierung bewusst aufrechterhalten, um ihre Stellung und Macht zu erhalten, und
3. mittels Zitierkartellen, politischem Aktivismus und Propaganda in Forschung und Lehre nicht den wissenschaftlichen Anspruch hegen, etwas radikal deskriptiv wissen zu wollen, sondern stattdessen die Gesellschaft im Sinne einer politischen Agenda radikal präskriptiv zu transformieren.

Beim Zentrum Gender & Diversity handelt es sich also nicht nur um bloße Steuergeldverschwendung, sondern um eine Einrichtung zur Propagierung gefährlicher und zersetzerischer pseudowissenschaftlicher Theoreme. Gerade bei der Markierung angeblich privilegierter Gruppen und Beschreibung von vermeintlichen Diskriminierungs-

¹ „Weiß“ jeweils kursiv und kleingeschrieben, um damit implizit deutlich zu machen, dass Weißsein keine legitime Form der Selbstidentifikation und mit einem politischen und ethischen Stigma behaftet sei.

strukturen operieren Vertreter dieser Disziplinen dabei häufig selbst mit sexistischen und rassistischen Denkmustern. All diese Ansätze dienen der intellektuellen Vorbereitung einer Kulturrevolution, die unser Gemeinwesen bei erfolgreicher Durchführung in der uns bekannten Form zerstören würde.

Die Antragsteller begrüßen selbstverständlich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Themen wie Geschlecht, Geschlechterrollen, der dazu gehörigen Geschichte, Rechtssoziologie und vielem mehr. Doch gerade das erfordert eine wahrhaftig wissenschaftliche Auseinandersetzung, und nicht eine staatliche Alimentierung linker Propaganda.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. darauf hinzuwirken, dass das Zentrum Gender & Diversity aufgelöst wird und keine staatlichen Mittel mehr zur Verfügung gestellt bekommt,
2. der Bürgerschaft spätestens bis zum 31. Dezember 2021 Bericht zu erstatten.